

Elternlobby: «Text überhaupt gelesen?»

Initiativkomitee «Ja, Bildungsvielfalt für alle» kritisiert Bildungsrat

obz. Nachdem sich der Baselbieter Bildungsrat gegen die Initiative «Ja, Bildungsvielfalt für alle» ausgesprochen hat (ObZ vom 28. Juni), bläst das Initiativkomitee, aus dem Umfeld der Elternlobby Schweiz zum Gegenangriff. Die vom Bildungsrat benutzte Bezeichnung «Privatschulinitiative» sei falsch, weil sie suggeriere, es handle sich um die Finanzierung teurer, profitorientierter Luxusinstitute. Im von den Initianten vorgeschlagenen Verfassungstext sollen jedoch nur Schulen staatlich subventioniert werden, die alle Kinder aufnehmen. «Die Initiative will einen chancengleichen Zugang zu allen angebotenen Bildungseinrichtungen unter gleichen materiellen Bedingungen», schreibt das Komitee in seiner Stellungnahme.

Es sei nicht erstaunlich, dass der Bildungsrat die Initiative ablehne, heisst es weiter. Die Mehrheit des Rates, der zu einem grossen Teil aus Vertreterinnen und Vertreter der Lehrerverbände bestehe, habe sich schon vor der Anhö-

rung gegen die Initiative festgelegt.

Das Komitee betont, dass die freie Schulwahl keine zusätzlichen Kosten verursache, da jedes Kind Anrecht auf unentgeltlichen Unterricht habe. Nicht die Schulwahl, sondern nur die Unterrichtung solle auf Kosten des Staates erfolgen. Es sei nicht nachvollziehbar, wie der Bildungsrat auf 40 Millionen Franken Mehrkosten komme. Falsch sei auch, dass gemäss Initiative jedes Kind seine Schule und seine Lehrperson wählen könne: «Diese Desinformation können wir uns nur dadurch erklären, dass die Mehrheit des Bildungsrats den Verfassungstext nicht gelesen hat», kritisiert das Initiativkomitee.

Im weiteren kommt die Elternlobby auf die Beispiele Schweden und Finnland zu sprechen. Dort funktioniere die freie Schulwahl ohne Probleme. Das schweizerische Bildungssystem lege hingegen Klassen zusammen und plane, Sekundarschulen, Primarschulen und Kindergärten zu schliessen, ohne auf

das Kind und die langen Schulwege Rücksicht zu nehmen. «Riesige Schulzentren sollen entstehen, allein mit der Begründung von Einsparungen», warnt das Komitee. Schlechte Erfahrungen im Ausland mit Schulzentren über 400 Kinder würden einfach nicht wahrgenommen.

Nicht die freie Schulwahl, sondern das jetzige System fördere die Entstehung von Restschulen: «Im A-Niveau sind vorwiegend Unterschicht- und Migrantenkinder, an den Gymnasien stammen 93 Prozent aus der oberen Hälfte der Bevölkerung», zeigt die Elternlobby auf. Die Initiantinnen und Initianten setzten sich für ein offen zugängliches Bildungsangebot mit guter Qualität ein. «Meint eine Mehrheit des Bildungsrates wirklich, dass es für die Entwicklung eines Kindes gut ist, wenn es jahrelang in eine Schule zwangseingewiesen ist, deren pädagogisches Konzept ihm nicht entspricht?» fragt das Initiativkomitee.